

Preussische Gesetzsammlung

1935

Ausgegeben zu Berlin, den 31. August 1935

Nr. 20

Inhalt:

24. 8. 35. Verordnung über Aufhebung der Neunten und Zehnten Preussischen Verordnung über Foderung der Wohnungszwangswirtschaft für das Gebiet der Stadt Stettin	113
Hinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen	113
Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw.	114

(Nr. 14283.) Verordnung über Aufhebung der Neunten und Zehnten Preussischen Verordnung über Foderung der Wohnungszwangswirtschaft für das Gebiet der Stadt Stettin. Vom 24. August 1935.

Auf Grund des § 52 Abs. 1 des Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 1. Juni 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 353) sowie des § 22 des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 (Reichsgesetzbl. I S. 273) wird folgendes verordnet:

Für das Gebiet der Stadt Stettin treten die Neunte Preussische Verordnung über die Foderung der Wohnungszwangswirtschaft vom 29. März 1933 (Gesetzamml. S. 90) und die Zehnte Preussische Verordnung über die Foderung der Wohnungszwangswirtschaft vom 22. Mai 1933 (Gesetzamml. S. 193) mit dem 1. Oktober 1935 außer Kraft.

Berlin, den 24. August 1935.

Der Reichs- und Preussische Arbeitsminister.

In Vertretung:

Er o h n.

Hinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen

(§ 2 des Gesetzes vom 9. August 1924 — Gesetzamml. S. 597 —).

Im Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger Nr. 170 vom 24. Juli 1935 ist eine von dem Minister des Innern erlassene Viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 22. Juli 1935 veröffentlicht, durch die die zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche für die Provinz Schleswig-Holstein verkündete Viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 14. Mai 1935 aufgehoben wird. Die Anordnung ist am 24. Juli 1935 in Kraft getreten.

Berlin, den 15. August 1935.

Reichs- und Preussisches Ministerium des Innern.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 7. Juni 1935
über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Elektrizitätsverband Stade (Zweckverband) in Bremen für die Anlagen zur Leitung und Verteilung des elektrischen Stromes innerhalb seines Versorgungsgebietes in den Landkreisen Bremerbörde, Land Hadeln, Osterholz, Rotenburg, Stade, Verden (nur im Gebiet des ehemaligen Kreises Achim) und Wesermünde des Regierungsbezirkes Stade sowie in den Landkreisen Harburg und Soltau des Regierungsbezirkes Lüneburg
durch die Amtsblätter der Regierung in Stade Nr. 25 S. 80, ausgegeben am 22. Juni 1935, und der Regierung in Lüneburg Nr. 29 S. 115, ausgegeben am 20. Juli 1935;
2. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 7. Juni 1935
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich für Reichszwecke
durch das Amtsblatt der Regierung in Allenstein Nr. 29 S. 65, ausgegeben am 20. Juli 1935;
3. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 20. Juni 1935
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Märkische Elektrizitätswerk, A. G. in Berlin, zum Bau einer 100 000 Volt-Einfachleitung zur Übertragung elektrischer Energie zwischen den Umspannwerken Stargard i. Pom. und Belgard
durch die Amtsblätter der Regierung in Stettin Nr. 26 S. 128, ausgegeben am 29. Juni 1935, und der Regierung in Köslin Nr. 29 S. 93, ausgegeben am 20. Juli 1935;
4. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 1. Juli 1935
über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Zweckverband Samländischer Küstenschutz in Königsberg Pr. zum Erwerb von Grundeigentum im Kreise Fischhausen
durch das Amtsblatt der Regierung in Königsberg Pr. Nr. 34 S. 197, ausgegeben am 20. Juli 1935;
5. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 2. Juli 1935
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadt Elmshorn zum Erwerb von Parzellen der Gemarkung Raa für den Bau einer Zentralkläranlage
durch das Amtsblatt der Regierung in Schleswig Nr. 28 S. 225, ausgegeben am 13. Juli 1935;
6. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 2. Juli 1935
über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Provinzialverband der Rheinprovinz in Düsseldorf für den Bau einer Reichsstraße von Brohl nach Kirmuttscheid
durch das Amtsblatt der Regierung in Koblenz Nr. 30 S. 160, ausgegeben am 20. Juli 1935;
7. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 22. Juli 1935
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Ruhrgas-Aktiengesellschaft in Essen zum Bau und Betrieb einer von der bestehenden Gasfernleitung von Moers nach Krefeld zum Betrieb der Firma Holz und Willemssen, Gwinnolwerke in Krefeld-Uerdingen, abzweigenden Anschlußgasleitung
durch das Amtsblatt der Regierung in Düsseldorf Nr. 31 S. 305, ausgegeben am 3. August 1935;
8. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 22. Juli 1935
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Ruhrgas-Aktiengesellschaft in Essen zum Bau einer Anschlußgasleitung von der zum Gaswerk in Krefeld-Uerdingen führenden Gasfernleitung zu dem Betriebe der Firma Holz & Willemssen in Krefeld-Uerdingen mit weiteren Anschlußleitungen zu den Betrieben der Firmen Theodor Schwirk und Gustav Röhr in Krefeld-Uerdingen
durch das Amtsblatt der Regierung in Düsseldorf Nr. 31 S. 305, ausgegeben am 3. August 1935.

Herausgegeben vom Preussischen Staatsministerium. — Druck: Preussische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft Berlin.

Verlag: R. v. Decker's Verlag, G. Schend, Berlin W 9, Linkstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preussischen Gesetzsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,10 RM vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achteitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Pf., bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. G. Preisermäßigung.